

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 9

Artikel: Die Reparationspolitik und die Schweiz
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329977>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nicht weil die Kapitalisten kein soziales Verantwortungsgefühl haben, sollen die Proletarier auch keines haben. Sondern gerade weil die Kapitalisten dieses Verantwortungsgefühl aus ihrer ganzen Einstellung zur menschlichen Gemeinschaft heraus nicht besitzen, müssen wir Proletarier den Versuch machen, daß selbst in der kapitalistischen Wirtschaft unter Ausgebeuteten und Entrechteten dieses Gefühl als tatsächliche Macht existiert.

Wir werden damit der Entwicklung zum Sozialismus dienen und werden bereits etwas verwirklichen, was in der kommenden Welt des Sozialismus eine Selbstverständlichkeit sein wird.

Die Reparationspolitik und die Schweiz.

Von *Ernst Reinhard*, Bern.

Weder wirtschaftlich noch politisch kann es der Schweiz gleichgültig sein, ob die Reparationsfrage, die endgültige Liquidierung des Weltkrieges, in zufriedenstellender Weise gelöst wird oder nicht. Gelingt der nationalistischen Politik hüben und drüben des Rheins die Aufhetzung der Völker, die Entfachung neuer nationalistischer Brände, dann steht die Schweiz wieder mitten drin; die grundsätzliche friedliche Politik der schweizerischen Arbeiterschaft muß außerordentlich erschwert werden, wenn zu dem französisch-italienischen Konflikt im Süden eine französisch-englisch-deutsche Konfliktmöglichkeit im Norden tritt. — Besonders schwierig werden aber die Verhältnisse, wenn die nationalistische Stimmung bleibt, aber irgendeine Lösung der Reparationsfrage nicht gefunden wird. In dieser Lage befinden wir uns heute. Entweder geschieht:

Die Expertenkonferenz in Paris kann auseinandergehen; dann bleibt der Dawesplan in Kraft. Kein Mensch zweifelt heute daran, daß er auf die Dauer unmöglich wird. Oder man einigt sich in Paris; dann ist die Lösung so, daß beiderseits gewaltige Konzessionen gemacht werden müssen; aber jedes Zugeständnis, das Deutschland über die rund 2 Milliarden Franken, die Schacht angeboten hat, und über die 37 Annuitäten hinaus machen muß, wird in Deutschland die Ueberzeugung wecken, daß man eine Unterschrift gegeben habe, die man nicht einlösen werde. Man kann sich leicht vorstellen, wie diese, heute schon offen ausgesprochene Ansicht, den französischen Nationalismus stärken muß.

Läßt man aber alle politischen Spekulationen weg, dann bleiben noch wirtschaftliche Gründe genug übrig, die so oder so eine unbefriedigende Lösung der Reparationsfrage für die Schweiz sehr gefährlich machen. Wenn der Dawesplan weiter wirken soll, dann ergibt sich folgende wirtschaftliche Situation:

Die deutsche Zahlungsbilanz ist ausgesprochen passiv. Nach den Angaben, die Klaus Zweiling im «Klassenkampf» macht, gestaltete sie sich 1927 folgendermaßen:

Zahlungsbilanz 1927 in Millionen Mark.			
Ueberschuß der Waren-	{ ausfuhr + (ohne Gold u. Silber) einfuhr —	.	— 3350
Ueberschuß der Gold- und Silber-	{ ausfuhr + einfuhr —	.	— 190
Zinszahlungen	{ aus auswärtigen Anlagen (u. Anleiherückzahlung) + für Auslandsanleihen —	.	— 430
Reparationssachlieferungen	{ Leistung + Empfang —	+ 660	.
Reparationszahlungen	{ Empfang + Leistung —	.	— 1580
Dienstleistungen, Wanderverkehr, Frachten, Regierungszahlungen und Sonstiges	{ Eingang + Ausgang —	+ 290	.
Summe		+ 950	— 5550
Saldo der laufenden Posten		.	— 4600
Anleihen usw.	{ Aufnahme + Ausgaben —	+ 1660	.
Devisen	{ Verkäufe + Käufe —	+ 480	.
Währungsdeckung	{ Verkäufe + Käufe —	.	— 30
Summe		+ 2140	— 30
Saldo der einmaligen Posten		+ 2110	.
Gesamtsaldo der Zahlungsbilanz		.	— 2490

Während Deutschland also 2240 Millionen Reichsmark als Reparationsleistung aufbrachte, hat es nicht weniger als 1660 Milliarden ausländisches Kapital bei sich aufgenommen, es hat somit nur 580 Millionen aus eigener Leistung, den Rest ans Ausland einfach damit bezahlt, daß es, zum größten Teil bei den gleichen Staaten des Auslandes, Schulden machte. Die bisherige Reparationsleistung ist nur durch eine gewaltige Steigerung der Verschuldung Deutschlands möglich geworden. Hauptgeldgeber waren die Vereinigten Staaten Nordamerikas; für sie hatte die Reparationspolitik die Wirkung, daß sich ihre französischen, englischen, italienischen Guthaben auf einen andern Gläubiger teilweise übertrugen, der die Last für alle auf sich nahm: Deutschland.

Eine derartige Politik ist auf die Dauer unhaltbar. Früher oder später muß Deutschland daran denken, daß diese Weiterverschuldung aufhört und durch eine weltwirtschaftliche Entlastung abgelöst wird, indem deutsche Arbeit ans Ausland verkauft und aus den Ueberschüssen dieser Handelsexporte die

Reparationen bezahlt werden. Einstweilen aber betreibt man die Politik der Anleihen weiter.

Nun drohen aber die Vereinigten Staaten als Geldgeber auszuscheiden. Selbst der amerikanische Kredit ist nicht unerschöpflich, und da die Wallstreet neben Deutschland noch eine ganze Reihe anderer Geldmärkte besitzt, die sie heute zum Teil in hartem Kampfe gegen die Londoner City zu verteidigen hat, wie den wichtigen latein-amerikanischen Markt, so ergibt sich natürlich, daß die amerikanischen Geldmittel nicht mehr in der unbeschränkten Menge zur Verfügung stehen wie bis dahin. Die Wallstreet denkt nicht daran, ihre 15-Milliarden-Mark-Anlagen, die sie innerhalb der letzten 10 Jahre in Deutschland festgelegt hat, in einem neuen gleichen Zeitraum zu verdoppeln; die amerikanischen Kredite sind innerhalb eines Vierteljahres auf die Hälfte gesunken; während sie früher rund eine Viertelmilliarde ausmachten, betragen sie heute noch wenig mehr als 100 Millionen pro Quartal. Der Harpener Konzern suchte eine Anleihe von 10 Millionen Dollar abzuschließen; nicht weniger als 8 Millionen mußten, trotz günstigster Bedingungen, in Europa untergebracht werden; die Centralbank deutscher Industrie konnte ein Anleihen von 5 Millionen zu 8½ Prozent nicht unterbringen, weil nach der «Frankfurter Zeitung» «sich der amerikanische Bondsmarkt in schlechterer Verfassung befindet, als seit 20 Jahren». Eine amerikanische Diskonterhöhung droht mit all ihren weltwirtschaftlichen Folgen. Die Sperre der amerikanischen Kredite hat die deutsche Reichsbank gezwungen, aus ihren eigenen Devisenvorräten bedeutende Beträge zu verkaufen; die durch Goldverkäufe in New York entstandenen Devisenverluste dürften rund 200 Millionen Mark ausmachen.

Wenn nun aber der amerikanische Markt versagt, so wird um so stärker der europäische herangezogen werden müssen; deutsche Anleiheforderungen werden gerade an die kapitalstarken Kleinstaaten gerichtet werden, die nicht, wie England, durch eine Empire gezwungen sind, große Bedürfnisse von Kolonien und Dominien zu befriedigen. Es läßt sich unschwer feststellen, daß der schweizerische Kapitalmarkt in der letzten Zeit in steigendem Maße aufgesucht wurde, ja, daß eine wahre Drainage des schweizerischen Kapitals nach Deutschland stattfindet. In der Form sind diese Anleihen oft sehr vorsichtig untergebracht; häufig wird jetzt die schweizerisch-deutsche Gesellschaft gewählt, durch die man schweizerisches Kapital ins deutsche Unternehmen hineinbringen will. Die mannigfachen Verbindungen der letzten Zeit, von denen hier nur die bedeutendste, die Verbindung der Basler Chemischen mit der I. G. Farbenindustrie, hervorgehoben sei, haben den Zweck erfüllt, auf diesem nicht allen erkennbaren Umwege schweizerisches Kapital in deutsche Unternehmungen zu leiten.

Selbstverständlich ist sich der schweizerische Kapitalist der Tatsache bewußt, daß er in Deutschland ein vermehrtes Risiko läuft; die Zinsansätze für die deutschen Anleihen sind daher durchwegs recht hoch, stehen ungefähr zu 50 Prozent über den schweizerischen. In diesen 50 Prozent ist aber nichts anderes als eine Risikoprämie zu sehen, die eine Sicherung gegen Mißerfolg in rein spekulativen Geldanlagen bedeuten soll. Das ganze deutsche Wirtschaftsleben ist auf hohe Geldsätze eingestellt; der offizielle Reichsbankdiskont beträgt nicht weniger als $6\frac{1}{2}$ Prozent*; er steht damit ungefähr um das Doppelte höher als der schweizerische; trotzdem steht der Index für deutsche Auslandsanleihen sehr tief, so daß sich Deutschland mit einer Innenanleihe behelfen will, für die der 8prozentige Typus vorgesehen ist. Wenn Deutschland eine derartige abenteuerliche Finanzpolitik einschlagen muß, so mag das schweizerische Wirtschaftsleben davon so lange unberührt bleiben, als es für die Befriedigung seiner Bedürfnisse genügend eigenes Kapital zur Verfügung hat. Aber gerade das ist nicht der Fall! Es ist in der Nationalbank längst bekannt, daß auch der schweizerische Geldmarkt sehr gespannt ist, und man kennt die Ursachen der Geldknappheit, die man ganz offen in der übermäßigen Kapitalausfuhr, zum guten Teil nach Deutschland mit seinen hohen Zinsansätzen, sucht. Die letzten Maßnahmen der Nationalbank gehen daher darauf aus, den Kapitalexport unter eine Art versteckten Embargos zu stellen; aber diese Maßnahmen finden durchaus nicht den Beifall der Banken, die leere Versicherungen auf genügende Geldvorräte in einem Augenblick abgeben, da die Nationalbank bereits daran denken muß, den schweizerischen Diskont zu erhöhen; wir sind damit unmittelbar vor die Gefahr einer neuen Geldverteuerung mit ihren für die Arbeiterschaft direkt ruinösen Folgen gestellt. Und das zum guten Teil nur deswegen, weil das aus der Reparationsforderung entsprungene deutsche Kreditbedürfnis von unsern Banken rein spekulativ behandelt wird, fast ohne Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse einer mit geringen Zinslasten bedachten schweizerischen Volkswirtschaft.

Gegen diese Praktiken werden sich die kleinen Geldstaaten einmal wehren müssen; es wird nicht auf die Dauer möglich sein, ausländisches Kapital nach Deutschland zu erhalten, in der stillen Hoffnung, es in einem allgemeinen Bankerott genau so abschreiben zu können, wie das bei den deutschen Lebensver-

* *Anmerkung.* Der deutsche Diskont ist unterdessen auf $7\frac{1}{2}$ % erhöht worden; er steht damit mit dem bulgarischen (9 %), dem griechischen (8 %), dem italienischen (7 %), dem polnischen (9 %), dem russischen (8 %), dem ungarischen (8 %) in der Gruppe der wirtschaftlich sehr kritisch stehenden Staaten; der schweizerische ($3\frac{1}{2}$ %) ist tiefer als der schwedische ($4\frac{1}{2}$ %), der amerikanische (5 %), der englische ($5\frac{1}{2}$ %) und der holländische ($5\frac{1}{2}$ %).

sicherungen in überraschender Weise gelungen ist. Wenn die Banken es nicht begreifen, so muß es der Staat einmal verstehen, daß die schweizerische Volkswirtschaft kein Interesse daran hat, das Risiko eines neuen Bankerotts zu laufen und sich selbst hinein zu verstricken.

In solchen Augenblicken wird der deutschen Volkswirtschaft nichts anderes übrigbleiben, als zu versuchen, die Reparationszahlungen durch Ueberschüsse der Handelsbilanz zu decken, mehr zu exportieren, als importiert wird. Das Passivum von über drei Milliarden Mark zu beseitigen und es durch ein Aktivum von etwa 2 Milliarden zu ersetzen, ist aber nur möglich, wenn die deutsche Wirtschaft zu den phantastischsten Mitteln greift. Die Ausfuhr muß forciert werden, und da eine Verbilligung der Produktion von der Geldseite her unmöglich ist, so wird sie gesucht werden müssen durch die Beeinflussung der Lohnseite. Die Löhne und die Sozialausgaben müssen sinken, aber dies so gewaltig, daß eine Zustimmung der Arbeiterschaft nicht zu erwarten ist, daß vielmehr an eine geschlossene Abwehr der Arbeiterschaft gedacht werden muß. Wiederum sei nicht auf die politischen Folgen dieser Maßnahmen eingetreten; daß sie den deutschen Faschismus ungeheuerlich stärken müssen, sei nur nebenbei erwähnt. Schon stellen sich aber weite Kreise des deutschen Bürgertums auf diese Senkung der Löhne und der Soziallasten ein, wie ein Ausschnitt aus der sonst sehr weit links stehenden «Frankfurter Zeitung» beweisen mag:

«Und weiter würde bei solcher Gestaltung der Dinge die deutsche Arbeiterschaft auf lange Zeit hinaus der Aussicht auf weitere Steigerung ihrer Realbezüge beraubt, ja, es würde in einer solchen Umstellungskrise vermutlich bald die Frage auftauchen, ob zur Anregung der Produktion, zur Senkung der deutschen Unternehmungen auf dem Weltmarkt, zur Herabdrückung der Arbeitslosigkeit nicht eine Wiederermäßigung der im letzten Jahre etwas übereilt heraufgesetzten Löhne sich als unumgänglich erweisen würde. Denn auf der Arbeiterschaft, die ohnehin durch Steuern und Abgaben schwer belastet ist, wird unvermeidlich in erster Linie der Druck einer solchen Umstellungskrise ruhen.»

Die Rückwirkungen auf die Schweiz können nicht ausbleiben; die Konkurrenzierung durch Deutschland wird eine äußerst scharfe sein, der unmittelbare Einfluß der deutschen Lohnsenkungen muß sich bei uns im Bestreben der Industriellen, ihrerseits die schweizerischen Löhne herunterzudrücken, äußern. Die schweizerische Arbeiterschaft gerät mit ihrem Lohnniveau selbst in Gefahr; die um ihre deutschen und schweizerischen Anlagen besorgte Industrie und Finanz wird nichts unterlassen, um zum Ziele zu kommen. Während so das Kapital vermehrte Gewinne

einsteckt, wird die Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung tief heruntergedrückt werden.

Wenn aber die Reparationsbank zustande kommen sollte, welche die Expertenkommission vorsieht, so droht ein neuer Kapitalexport zugunsten der Reparationsbank, die nur mit internationalem Kapital unter Führung des amerikanischen arbeiten kann. Die schweizerischen Geldgeber werden damit an der Politik der Reparationsbank direkt interessiert; sie werden notgedrungen die Politik des amerikanischen Kapitals mitmachen müssen, binden damit ein Stück schweizerischer Politik an die amerikanische. Das schweizerische Kapital hat in den letzten Jahren auf dem Weltmarkte ungefähr die Rolle zu spielen versucht, die schweizerische Fußtruppen zu Beginn des 16. Jahrhunderts in der militärischen Geschichte Europas spielten; aber so, wie aus dieser militärischen Großmachtpolitik schließlich die Bindung unseres Staates an die Politik des größten europäischen Militärstaates resultierte, so muß zwangsläufig auf dieser finanziellen Großmachtpolitik die Abhängigkeit von der größten Finanzmacht der Welt sich ergeben. Rechtzeitige Vorsorge wird im Interesse der Arbeiterschaft und des Staates Pflicht. Allzulange hat der Staat, beeinflußt durch die Banken, geleitet vom ergebenen Diener des schweizerischen Bankkapitals Jean-Marie Musy, die Ausfuhrpolitik der Banken gewähren lassen. Wir sind heute unmittelbar an die Gefahren-grenze gelangt. Wenn wir nicht wollen, daß sich aus der Reparationskrise einerseits, aus der Spekulationssucht unserer Banken, die in der Reparation den schönsten Nährboden für ihre Spekulation finden, andererseits eine Krise des ganzen schweizerischen Wirtschaftslebens ergebe, mit all ihren unabsehbaren politischen Folgen, dann wird der Staat gut tun, durch eine Beaufsichtigung der Kapitalausfuhr, durch Embargo und durch bewußte Leitung dafür zu sorgen, daß nicht die schweizerische Volkswirtschaft und mit ihr die schweizerischen Arbeiter in diese Reparationskrise hineingerissen werden. Hier heißt es einmal mehr: *Gouverner c'est prévoir*.

Angestellte und Arbeiter.

Von Fritz Schmidlin.

Seit die Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (V. S. A.) mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund ein Uebereinkommen betreffend Zusammenarbeit in sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen abgeschlossen hat, ist die bürgerliche Presse nicht müde geworden, diese «klassenkämpferische Tendenz» der organisierten Angestellten zu be-